

Antrag

**der Abgeordneten Prof. Dr. Götz Wiese, Richard Seelmaecker, Dr. Anke Frieling,
David Erkalp, Stephan Gamm (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 22/7656

**Betr.: Zusammenarbeit in der Elbschlickproblematik forcieren – Verklappung
von Hafenschlick unter Einbeziehung des Bundes und der betroffenen
Nachbarländer verantwortungsvoll planen und umsetzen**

Kernaufgabe der Hafenpolitik ist es, der maritimen Wirtschaft in der Welthafenstadt Hamburg eine optimale Infrastruktur zur Verfügung zu stellen: verkehrlich, logistisch, digital. Naturgemäß spielen dabei auch Umweltbelange eine gewichtige Rolle.

Diese Kernaufgabe wird im Bereich des Sedimentmanagements vom Hamburger Senat nicht verantwortlich wahrgenommen: Obwohl das Problem der zunehmend verschlickenden Tideelbe im Hamburger Hafen und dafür vorgeschlagene Lösungen schon fast zehn Jahre diskutiert werden, hat der Senat bis jetzt kein tragfähiges Lösungskonzept vorgelegt. Die Möglichkeit, den Schlick in die Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) in der Nordsee zu verbringen, wurde vom Senat mit der zuständigen Bundesbehörde bislang nicht geklärt. Stattdessen legt die Hamburger Hafenpolitik beim Thema Schlick eine Überheblichkeit an den Tag, die im jetzigen Umfeld Marktteilnehmer verschreckt und Nachbarländer abstößt.

Die den Gezeiten ausgesetzte Elbe muss im und um den Hafen regelmäßig mit hohem Kostenaufwand ausgebaggert werden. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund der nunmehr abgeschlossenen Elbvertiefung. Jedoch wurden Verhandlungen mit Schleswig-Holstein über eine Vergrößerung der Verbringstelle bei Tonne E3 vor Helgoland nicht genügend verfolgt. Für die koalitionsintern strittige und mit den Nachbarländern unabgestimmte Idee der Nutzung einer Lagerstelle bei Scharhörn hat Hamburg von Schleswig-Holstein und vor allem Niedersachsen die Rote Karte gezeigt bekommen. Auch die Umweltverbände BUND, NABU und WWF haben das Vorhaben der Hamburger Hafenverwaltung HPA scharf kritisiert. Dabei hatte sich auf Nachfrage der CDU (Drs. 22/3029) bereits Anfang des Jahres 2021 gezeigt, dass auch die Scharhörn-Option noch in weiter Ferne liegt. Nachdem der Senat die Scharhörn-Pläne kürzlich vorerst gestoppt hat, will er nun beim Neuen Luechtergrund, etwas weiter stromaufwärts in der Elbmündung, eine Unterwasserdeponie nutzen. Eine langfristige Lösung stellt aber auch dies nicht dar.

Klar ist: Die Sicherstellung der Schiffbarkeit der Elbe einschließlich der Verbringung des Schlicks ist eine nationale Aufgabe, die Hamburg zusammen mit seinen Nachbarn und auch gemeinsam mit dem Bund lösen muss. Wirtschaftsinteressen in der Deutschen Bucht und Umweltinteressen der norddeutschen Küstenländer machen einen ganzheitlichen Ansatz erforderlich. Der Senat hat es schon intern nicht vermocht, einen Ausgleich der Positionen von SPD und GRÜNEN herbeizuführen. Zudem wurde die Abstimmung mit den Nachbarländern sträflich versäumt. Eine Schlickkonferenz der Elbanrainer ist überfällig.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. seine politische Verantwortung für einen nachhaltigen Umgang mit dem Schlick wahrzunehmen,
2. gemeinsam mit Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und dem Bund die Voraussetzungen für ein langfristiges, ökonomisch wie ökologisch tragfähiges Konzept für das Sedimentmanagement der Tideelbe abzustimmen und rechtlich zu vereinbaren,
3. sämtliche Anträge zu stellen, die erforderlich sind, um dieses Konzept rechtlich umzusetzen, insbesondere auch mit Blick auf die Verbringung von Sedimenten in die Ausschließliche Wirtschaftszone,
4. der Bürgerschaft bis zum 30. September 2022 zu berichten.